

EU-Budgetverhandlungen heizen Eurobond-Debatte an

Merz und „frugale“ Partner blocken ab – Neuer IW-Vorstoß

Börsen-Zeitung, 28.8.2026

nahe Berlin – Deutschland und fünf weitere Staaten haben sich in einer gemeinsamen Erklärung für eine Reform des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU ausgesprochen. Sie forderten, die aktuelle Verhandlungsgrundlage für die Jahre 2028 bis 2034 noch um „mehrere 100 Mrd. Euro“ zu kürzen und die Prioritäten im Brüsseler Haushalt neu zu setzen.

Zu der Gruppe der so genannten „frugalen EU-Staaten“ gehören die skandinavischen Länder Dänemark, Schweden und Finnland sowie die Niederlande und Österreich. In ihrer Erklärung stellen sie und die Bundesregierung auch klar: „Neue gemeinsame Schuldenaufnahme ist keine Lösung für unsere haushaltspolitischen Herausforderungen und stellt keine Alternative zu Strukturreformen dar.“

Die laufenden MFR-Verhandlungen in Brüssel heizen die Debatte um Eurobonds weiter an. Einige Ökonomen halten Eurobonds für wichtig, wenn der Euro den Status als Weltleitwährung erreichen soll. Neue Vorschläge kamen am Donnerstag zugleich aus dem Institut der Deutschen Wirtschaft (IW). In einem neuen Report wird darauf verwiesen, dass Eurobonds „wichtige Vorteile für die Finanzmarktintegration und Krisenstabilität“ bieten.

Die Autoren, unter ihnen IW-Direktor Michael Hüther, betonen, dass Eurobonds nicht zur Finanzierung laufender Staatsausgaben, sondern ausschließlich zur Finanzierung europäischer Infrastrukturnetze oder dem Aufbau gemeinsamer kollektiver Verteidigung eingesetzt werden sollten. Dann entstünde „ein klarer Nexus zwischen Emission und realwirtschaftlichem Nutzen“.

Widerspruch kommt vom Wirtschaftsrat der CDU, der darauf verweist, dass Eurobonds gerade für die Länder attraktiv seien, die für ihre Verschuldung höhere Zinsen zahlen müssten. Die Forderung, diese Hochschuldenländer, die für ihre Haushaltslage selbst verantwortlich seien, nun durch EU-Schulden zu subventionieren, sei „Sprengstoff für den europäischen Zusammenhalt“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger zur Börsen-Zeitung.

Scharfe Kritik vom Wirtschaftsrat

Die Erfahrungen mit dem deutschen Sondervermögen und dem EU-Wiederaufbaufonds zeigen nach Ansicht von Steiger zudem, dass politische Wachstums- und Schuldenprogramme keine Wunder wirken und Mittel eben nicht zur Stärkung des Potenzialwachstums eingesetzt würden. „In einer Zeit, in der die Anleihemärkte die hohe Verschuldung insbesondere auch vieler europäischer Staaten neu bewerten und höhere Risikoprämien verlangen, braucht es ganz sicher nicht neue Schuldenkapazitäten.“

Bundeskanzler Friedrich Merz kritisierte nach einem Austausch mit den Ministerpräsidenten der fünf gleichgesinnten Staaten in Berlin, es brauche „Realismus und Reformen“ bei der Aufstellung des nächsten MFR. Der EU-Kommissions-Vorschlag über nahezu 2 Bill. Euro bedeute ein Ausgabenplus um fast 60%. Dies sei „schlicht unbezahlbar“. Die sechs Länder, die gemeinsam rund 40% des EU-Budgets finanzieren, verweisen darauf, dass aktuell alle EU-Länder schmerzhaft Konsolidierungen vornähmen. Da könne der EU-Haushalt keine Ausnahme bilden.